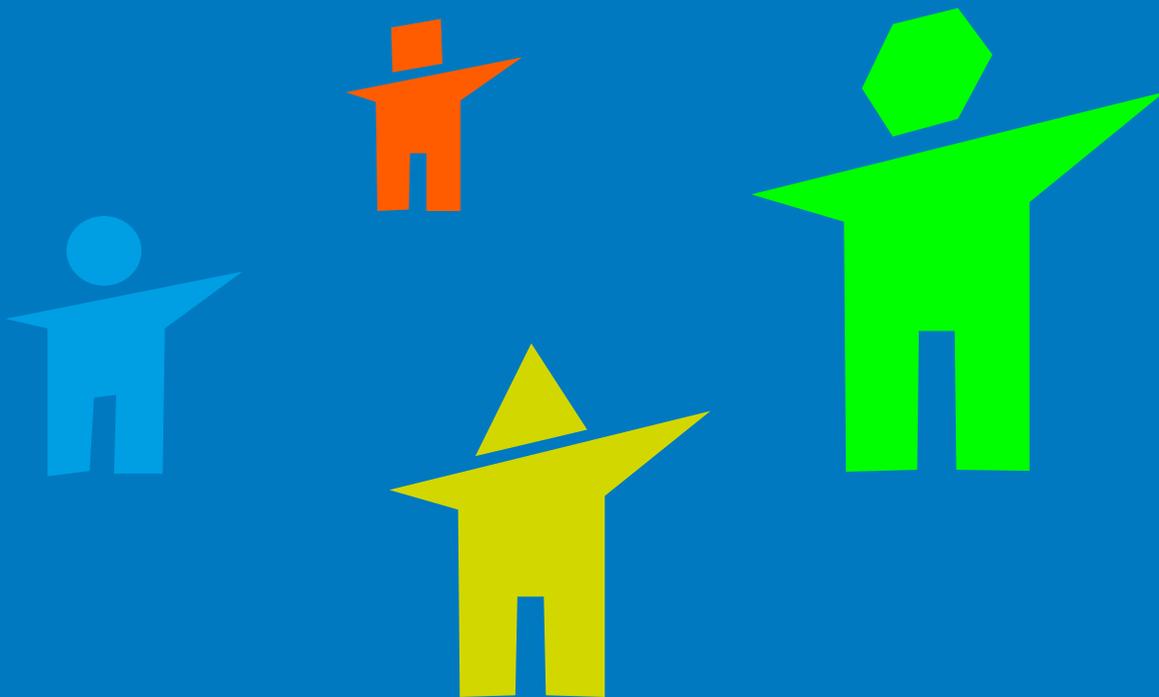


FÜR VIELFALT IN LICHTENBERG

Informationen rund um den Lokalen Aktionsplan

2008



Einleitung

Liebe Leserinnen und Leser,

seit fast zwei Jahren wird in Lichtenberg-Mitte mit Schwerpunkt Weitlingkiez das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ realisiert. Viele Projekte beschäftigen sich seitdem mit der Förderung von Demokratie und der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus. Die Ihnen vorliegende Broschüre soll u.a. über diese Projekte informieren. Weiterhin sollen die Texte zum Nachdenken oder auch Handeln anregen. Unterstützt wurden wir durch verschiedene Akteure wie der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin, der Opferberatungsstelle ReachOut und der Lichtenberger Netzwerkstelle für Demokratie und Toleranz Licht-Blicke, die uns Texte zur Verfügung gestellt haben.

Ihre Lokale Koordinierungsstelle Lichtenberg-Mitte

INHALT

- 02 - Einleitung
- 03 - Da bewegt sich was - der Lokale Aktionsplan Lichtenberg-Mitte
- 06 - Projekte für Vielfalt - Geförderte Projekte in Lichtenberg-Mitte im Jahr 2008
- 12 - Wider dem Stammtisch - Anstöße und Argumente zum sinnvollen Eingreifen
- 16 - Ein kurzer Ausflug - Rechtsextreme Aktivitäten in Lichtenberg-Mitte
- 20 - Mit Aceton gegen Nazi-Schmierereien - Interview mit Irmela Mensah-Schramm
- 24 - Die Opfer unterstützen und beraten - Was kann man tun bei rechtsextremen oder rassistischen Angriffen?
- 28 - Kontakte für Vielfalt - Auswahl von Akteuren im Rahmen des Aktionsplans

Die Broschüre ist finanziert durch das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut - Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.“ vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Broschüre wurde durch die Lokale Koordinierungsstelle Lichtenberg-Mitte zusammengetragen. Die Lokale Koordinierungsstelle Lichtenberg-Mitte ist ein Projekt, das durch das Bezirksamt Lichtenberg finanziert und durch den pad e.V. eingerichtet worden ist. V.i.S.d.P: A. Wächter, Sewanstraße 43, 10319 Berlin

Da bewegt sich was – *der Lokale Aktionsplan Lichtenberg-Mitte*

Seit Januar 2007 stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 100.000 Euro für die zivilgesellschaftliche Arbeit für Vielfalt, Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Lichtenberg-Mitte mit Schwerpunkt Weitlingkiez zur Verfügung. Dies geschieht im Rahmen des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut – Jugend für Vielfalt, Demokratie und Toleranz“.

Vielfalt tut gut

Mit dem Programm wurde sich das Ziel gesetzt, gerade bei jungen Menschen die demokratische Kultur und das zivile Engagement zu stärken, sowie Toleranz und Weltoffenheit zu fördern. Jedoch werden auch Projekte mit Erwachsenen realisiert, da Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus kein alleiniges Problem der Jugend ist. Im Gegensatz zum vorherigen Programm gegen Rechtsextremismus entwickeln bei diesem

neuen Bundesprogramm Kommunen, in diesem Fall der Bezirk Lichtenberg, zusammen mit den zivilgesellschaftlichen Akteuren wie Bürgerinnen, Bürgern, Vereinen oder Initiativen vor Ort einen Lokalen Aktionsplan. Bevor ein solcher Plan jedoch erstellt wird, werden die Probleme im Fördergebiet diskutiert. Im Anschluss werden Strategie und Ziele beschlossen. Zusammenfassend ist ein Lokaler Aktionsplan damit eine Strategie mit verschiedenen Zielen, um Probleme mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus





zu lösen oder zu mindern und die demokratische Kultur in der Gesellschaft zu stärken.

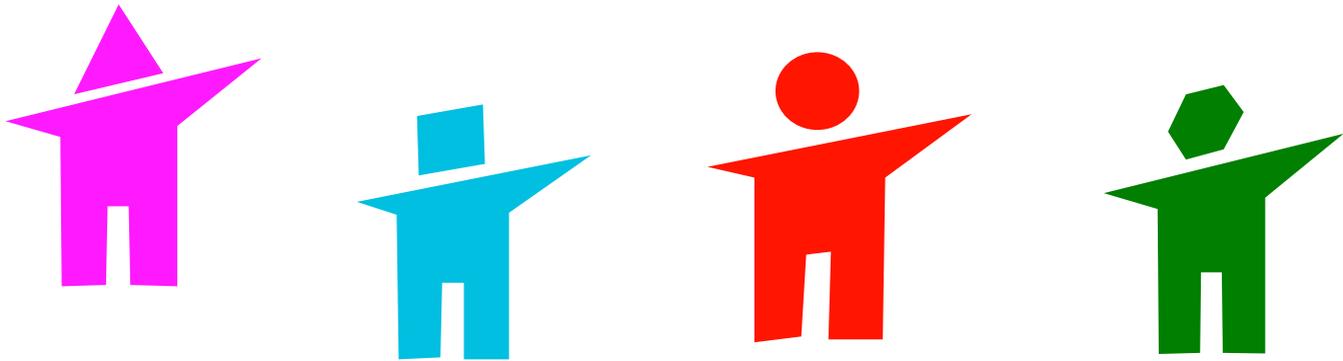
Veränderung braucht Strukturen

Dieser Aktionsplan wird ständig durch einen Begleitausschuss kontrolliert, diskutiert oder nach einem Jahr gegebenenfalls nachgebessert. Bei diesem Ausschuss, der monatlich tagt,

sitzen unter anderem Bürgerinnen und Bürger aus dem Weitlingkiez, Vereine, Politiker, Polizei, Mitglieder der Lichtenberger Verwaltung, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und die Lichtenberger Netzwerkstelle für Demokratie und Toleranz „Licht-Blicke“ an einem Tisch. Dieses Gremium sucht die Projekte aus, die mit dem Geld des Bundesministeriums arbeiten können und da-

mit den Lokalen Aktionsplan umsetzen.

Bei der Arbeit wird dieses Gremium durch die Lokale Koordinierungsstelle in Lichtenberg-Mitte unterstützt. Die durch den pad e.V. eingerichtete Stelle ist die zentrale Arbeitsinstanz des Bundesprogramms. Sie stemmt das Alltagsgeschäft zwischen den Treffen des Begleitausschusses.



Der Lokale Aktionsplan in Lichtenberg-Mitte

In Lichtenberg-Mitte mit Schwerpunkt Weitlingkiez sollen bis Ende 2009, solange läuft das Programm, verschiedene positive Entwicklungen gefördert werden. So soll das demokratische Grundverständnis und die Ablehnung von Gewalt und Diskriminierung bei Kindern und Jugendlichen gefördert

werden. Dabei sollen Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen kooperieren, um Jugendliche und Eltern zu stärken und demokratische und partizipative Werte zu transportieren. Weiterhin sollen Bürgerinnen und Bürger ermutigt werden, aktiv ihren Kiez in demokratischen Strukturen zu gestalten. Viele Projekte und Vereine arbeiten bereits seit längerem im Rahmen des Bundesprogramms

und versuchen so, diese Ziele zu realisieren. Damit leisten sie einen Beitrag für Vielfalt, Demokratie und Toleranz und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Lichtenberg-Mitte und im Besonderen im Weitlingkiez.

Projekte für Vielfalt – Geförderte Projekte in Lichtenberg-Mitte im Jahr 2008

Viele Bürgerinnen und Bürger kennen die Schlagzeilen über Lichtenberg-Mitte und den Weitlingkiez. Das Gebiet wird verstärkt von Rechtsextremen als Wohnraum genutzt. Auch gibt es unregelmäßig rechtsextreme Angriffe.

Was jedoch die meisten nicht wissen, ist, dass hier seit mehreren Jahren zahlreiche Projekte durchgeführt werden, um diesen Zustand zu verändern. Den Rechtsextremen soll nicht das Feld überlassen werden. Insbesondere über das Bundesprogramm „Vielfalt tut gut“ werden zahlreiche Projekte realisiert. Im Jahr 2007 konnten 16 Projekte umgesetzt werden. Im Jahr 2008 sind bis Ende November 15 große und 27 kleine Projekte realisiert worden.



Interkulturelle Begegnung fördern - integrationsfördernde Strukturen von Mitgrant(inn)en unterstützen

Lichtenberger Kulturverein e.V.

In Kooperation mit den Migrant/-innenvereinigungen Lyra e.V. und Vereinigung der Vietnamesen sollen interkulturelle Begegnungen auf Basis der Initiative von Migrant/-innen im Fördergebiet realisiert werden. Im Rahmen des Projektes sollen zwei größere öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchgeführt werden. Begleitet wird das Projekt durch inhaltliche Workshops zur Entwicklung bzw. Stärkung von interkultureller Kompetenz.

Geschlossene Gesellschaft? Migranten in Lichtenberg gestern und heute

JFE Mahler20 / Jugendförderverein Juventus e.V.

In dem Projekt erstellen Jugendliche eine DVD, in der sie ein Kapitel der DDR-Geschichte – die Ausländerpolitik – filmisch anhand von Biographien aufarbeiten. Dabei soll der Bogen zu aktuellen Problemen des Integrationsprozesses von Migrant/-innen, aber auch zu alltagsrassistischen Tendenzen und Gegenstrategien geschlagen werden.

Das Projekt wird in Kooperation mit der Vereinigung der Vietnamesen realisiert.

„Für ein faires Miteinander in meiner Klasse und meinen Stadtteil“

RAA e.V.

In dem Projekt setzen sich alle 7. und 8. Klassen im Rahmen von unterrichtsintegrierenden Workshops und Aktionstagen mit konstruktiven Möglichkeiten der Konfliktbewältigung auseinander. Es werden u.a. gemeinsame Regeln entwickelt, die im Schulalltag umgesetzt werden. Die Projekter-



gebnisse werden in einer Broschüre dokumentiert und sollen als Arbeitsmittel den Lehrerinnen und Lehrern zur Verfügung gestellt werden.

Skulpturengarten „Kunst für Vielfalt und Toleranz“

Stadtbild Agentur e.V.

Im Rahmen des Kunstprojektes soll in Gemeinschaftsarbeit zwischen Künstlern und Jugendlichen der Skulpturengarten „Kunst für Vielfalt und Toleranz“ entstehen. Über ein halbes Jahr läuft die inhaltliche und konzeptionelle Arbeit. Am Ende soll so auch ein Ort der interkulturellen Begegnung entstehen, der gleichzeitig die Wohnlage aufwertet.

Comic gegen Rechts

Kinder sind unsere Zukunft e.V.

Das Projekt, das über fünf Monate läuft, hat das Ziel, dass am Ende eines Diskussionsprozesses, ein Comicheft mit Geschichten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit entsteht. Die Geschichten sollen von den Jugendlichen gezeichnet werden. Die Hefte werden an den Schulen im Fördergebiet verteilt. Zudem ist eine Ausstellung mit den Werken geplant.

■ Projekte 2007

Heimatgeschichte im Fokus: „Wo Arbeit Strafe war“ - Das Arbeitserziehungslager Wuhlheide – Erstellung einer DVD

JFE Mahler20 /

Jugendförderverein Juventus e.V.

Open Air und Kiezfest für Jugendliche im Stadtteil Lichtenberg-Mitte/Nöldnerplatz
Gangway e.V. Straßensozialarbeit in Berlin

Interkulturelles Bildungszentrum und Bürgercafé im Weitlingkiez
urban-consult gGmbH

„Geschichten aus dem Gensinger Viertel“ Integration durch Erzählcafès und Geschichtswerkstätten
pro sozial e.V.

Interkultureller Familientreff

Albert-Schweitzer-Kinderdorf Berlin e.V.

Im Rahmen des Projektes soll ein interkultureller Familientreff aufgebaut werden. Auf wöchentlichen Treffen können sich Eltern mit und ohne Migrationshintergrund zu Erziehungsfragen und Problemen zu den deutschen Bildungseinrichtungen austauschen. Zudem sollen gemeinsame Projekte entstehen.

Kompetenztraining Nöldnerplatz und Weitling-Kiez

Gangway e.V.

In dem Projekt wird ein Kompetenztraining mit Jugendlichen vom Nöldnerplatz, deren Verhalten auf fehlende soziale Kompetenzen und ausgeprägte Bildungsarmut schließen lässt, realisiert. Ziel ist die Stärkung der sozialen Kompetenzen und des demokratischen Bewusstseins der zum Teil rechts orientierten Jugendlichen. Zeitraum ist das gesamte Jahr 2008.

Begegnung braucht Gelegenheit – interkulturelle Begegnungen von der KULTSchule aus in den Kiez

Lichtenberger Kulturverein e.V.

Konferenz: Jugend aktiv gegen Rechts – selbstbestimmt und selbstorganisiert Strukturen schaffen

Neue Jugendarbeit in Lichtenberg e.V.

Misch mit! Kids mit Courage für Lichtenberg – Arbeit mit Schüler/-innenvertretungen

KidsCourage der SJD – Die Falken

Lichtenberger Kids – fit gegen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt – Projekt in einem Kinder- und Jugendclub

JFE Falkenburg der SJD – Die Falken

Zivilcourage-Team des Schülerclubs der RAA Berlin in der Alexander-Puschkin-Oberschule

RAA Berlin

Kurzfilme: Action im Kiez

KAENGOO gGmbH

Gemeinsam stark für ein Miteinander in Vielfalt

BDB e.V.

In dem Projekt werden in der George-Orwell-Oberschule Maßnahmen und Methoden umgesetzt, die die interkulturelle Kompetenz erhöhen. In die Maßnahmen ist u.a. das gesamte Schulkollegium einbezogen.

Partizipativer Planungsprozess für Jugendliche zum Bürgerhaushalt Lichtenberg 2008

Borderline Europe - Menschenrechte ohne Grenzen

Innerhalb des Projektes sollen die partizipativen Möglichkeiten von Jugendlichen erhöht werden. Dazu werden verschiedene sozialpädagogische Methoden genutzt.

„QUERBEET“ - Vielfalt im Grünen - ein Inter-generatives Partizipationsprojekt in Fried-richsfelde

JULI Jugendhilfe in Lichtenberg gGmbH

Im Rahmen des Projektes sollen sich u.a. verschiedene Bürgerinnen, Bürger und Jugendliche mit und ohne

Interkulturelle Mediathek in der
Bodo-Uhse-Bibliothek

Förderkreis der Lichtenberger
Bibliotheken e. V.

Antidiskriminierungstag im Oberstufenzen-trum
Tautschule

RAA Berlin

Jugendzukunftswerkstatt Menschenrechte
Lichtenberg

Borderline-Europe - Menschenrechte ohne
Grenzen e.V.

Dokumentation des Lokalen Aktionsplans
2007

Förderkreis Kunst, Kultur und Jugend e.V.



Migrationshintergrund zusammenfinden und in einem längeren Prozess einen gemeinsamen Anlaufpunkt in Form eines Kiezzgartens schaffen. Besonders wird auf die intergenerative Dimension Wert gelegt.

Kindergeschichtswerkstatt „Aus der Geschichte lernen – für Demokratie und Toleranz eintreten“

Kinder- und Jugendclub Falkenburg

Im Rahmen des Projektes sollen über das Jahr 2008 Projekte mit Kindern und jungen Jugendlichen realisiert werden, die sich mit dem Nationalsozialismus und der Shoa auseinandersetzen. Dabei wird auf die kindgerechte Aufklärung geachtet. Verschiedene Ausflüge u.a. zum Haus der Wannseekonferenz, ins Anne-Frank-Zentrum oder auch ins Jüdische Museum werden angeboten.

Aktionsfonds

Stadtbild Agentur e.V. und pad e.V.

In Lichtenberg-Mitte soll die zivilgesellschaftliche Arbeit bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie auch bei Jugendliche und Heranwachsenden mit zwei Aktionsfonds gefördert werden.

Dokumentation des LAP 2008

Kiezzspinne FAS e.V.

Für die Dokumentation des LAP 2008 wird eine DVD und eine Broschüre erstellt.

Wider dem Stammtisch – *Anstöße und Argumente zum sinnvollen Eingreifen*

Netzwerkstelle Licht-Blicke

Argumentationstrainings erfreuen sich großer Beliebtheit. Menschen, die aus privaten oder beruflichen Gründen teilnehmen, haben eines gemeinsam: Sie teilen das Unbehagen und die Zweifel, wenn sie Sätze hören, wie: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg oder sind doch nur hier, um uns auf der Tasche zu liegen. Die sind doch alle kriminell... und überhaupt, das kennt man doch... ist doch wahr.“

Sie ärgern sich über die Plattheit, die Verallgemeinerungen, die oft aggressive Rechthaberei und die Unbeirrtheit, mit der diese Parolen geäußert werden. Dabei bleibt vielen die Luft weg

angesichts der häufig damit einhergehenden Verunglimpfungen von Minderheiten. Die Welt wird in „wir und die“ aufgeteilt, was in der Regel zur Abwertung der „Anderen“ führt.

Kein Wunder, dass es schwer fällt, Parolen spontan und argumentativ zu widerlegen, denn die Ebenen und Haltungen sind unterschiedlich. „Wer die Welt erklären will, muss differenzieren, und Differenzierung ist am Stammtisch nicht angesagt.“
(1)

Das Argumentationstraining möchte dazu ermuntern, rechts-extremen, rassistischen und an-

tisemitischen Parolen nicht den Raum zu überlassen und bietet je nach Situation Handlungs- und Argumentationsstrategien. Wann und unter welchen Umständen macht es Sinn zu argumentieren? Wann will ich mich, wann muss ich mich positionieren? Wen will ich erreichen? Nicht in jeder Situation ist Argumentieren angebracht oder möglich. Vielleicht befindet man sich gerade in der U-Bahn, an der Kasse im Supermarkt oder möchte den Unterricht fortsetzen und verlegt die Auseinandersetzung, wenn möglich auf einen anderen Zeitpunkt. Zweifel, Widerspruch und Grenzziehung sind dennoch in

dem Moment gefragt, wo die Parole gefallen ist und im Raum steht. Grundlage hierfür ist die eigene menschenrechtsorientierte Haltung und die Überzeugung, dass eine demokratische Kultur von denen lebt, die sich für sie engagieren, sich einbringen, sie vertreten und verteidigen.

Natürlich macht es Sinn, sich mit Argumenten auszustatten. Dies führt zu mehr Sicherheit und Souveränität im Auftreten. Im Folgenden soll eine bekannte Behauptung durch eine kleine Auswahl an Gegenargumenten aus unterschiedlichen Quellen entkräftet werden: „Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg.“

- Zunächst gilt es das verallgemeinernde „die“ in Frage zu stellen. Wer ist gemeint? Der US-amerikanische Manager,



der einen Konzern „saniert“ und Arbeitsplätze vernichtet? Der mit Millionen dotierte brasilianische Fußballer in einem Fußballligaverein? Oder der polnische Arbeiter im Schlachthof, der dort arbeitet, wo kein Deutscher mehr hin will? Oder der türkische Imbissverkäufer, der noch zwei Angestellte hat? (1)

- In diesem Zusammenhang kann darauf hingewiesen werden, dass es derzeit 286.000 selbstständige Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland gibt. (1) Gerade Türken sind erfolgreiche Unternehmer, die 160.000 Menschen beschäftigen.(2)
- Mit der Parole wird suggeriert, dass ohne „Ausländer“

das Problem mit der Arbeitslosigkeit beseitigt wäre. Es wird also ein ursächlicher Zusammenhang zwischen Migration und Arbeitslosigkeit behauptet. Würde dies zutreffen, müsste es z.B. im Land Brandenburg Vollbeschäftigung, bei einem Migrantenanteil von 2,6% und einer Arbeitslosenquote von 16,4 % geben.(2)

- Arbeitslosigkeit hat viele Ursachen; insbesondere in den Niedriglohnbereichen sind Qualifizierungsmaßnahmen notwendig, um Chancen auf eine Beschäftigung zu verbessern.(2)
- Als in Westdeutschland Ende der 1950er Jahre Arbeitskräftemangel herrschte, wurden gezielt ArbeitsmigrantInnen angeworben. In der ehema-

ligen DDR vollzog sich ein ähnlicher Prozess. Ab 1966 wurden Arbeitskräfte vor allem aus Vietnam und Mosambik geholt.

- Der o.g. Parole wird oft mit dem Argument begegnet, dass sich „Ausländer“ doch für die deutsche Gesellschaft nützlich machen. Eine Argumentation, die den Maßstab der Nützlichkeit anlegt, geht nicht von einem grundsätzlichen Recht auf gleiche Behandlung aus, sondern beurteilt Menschen nach ihrer Funktionalität: „Es wurden Arbeiter gerufen, doch es kamen Menschen an.“(3)
- Die Parole tut so, als ob Arbeitsplätze den Deutschen gehören würden. Alle, die sich auf einen Arbeitsplatz bewerben, sind darauf an-

gewiesen. Es werden also die verantwortlich gemacht, die genau in der gleichen Lage sind wie sie selbst, anstatt das mangelnde Angebot an Arbeitsplätzen zu kritisieren. Aus einer schlechten wirtschaftlichen Lage folgt, dass Menschen nicht den solidarischen Schluss ziehen, sondern die Lage durch ihre „nationalistische Brille“ interpretieren.(4)

- Welche „Ausländer“ sind es denn, die Arbeitsplätze wegnehmen? Die Näherinnen in Rumänien, die für 150 bis 200 Euro brutto im Monat schneiden? Die Opelarbeiter in Belgien, England, Polen, Portugal, Schweden und Spanien, die weniger Lohn bekommen als ihre Kollegen in Bochum, Karlsruhe oder Rüsselsheim, was dazu führ-

te, dass 9000 Arbeitsplätze hier abgebaut und nach dort verlagert worden sind? (1)

- Innerhalb der EU gilt das Prinzip der Freizügigkeit: so wie jeder und jede Deutsche/r sich in jedem EU-Land eine Arbeit suchen kann, so gilt dies natürlich auch für die Bürgerinnen und Bürger der anderen EU-Länder in Deutschland.
- Die Bundesrepublik ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland; und bereits in den Jahrhunderten zuvor haben sich Menschen verschiedener Herkunft auf dem Gebiet des heutigen Deutschland niedergelassen und sind dort heimisch geworden. „Das Recht auf Heimat bedeutet jedoch nicht die

Pflicht, sich dort auch aufzuhalten – gleichgültig, wie dieses geografisch oder historisch definiert sein mag. Heimat ist unerlässlich, aber sie ist nicht an Ländereien gebunden.“ (Max Frisch) (2)

Quellen:

- (1) [Argumente am Stammtisch, Klaus-Peter Hufer, Bundeszentrale für politische Bildung](#)
- (2) [Argumente 2008, Eine Entgegnung auf ein Schulungsmaterial der NPD, Brandenburg, www.gemeinwesenberatung-demos.de](#)
- (3) [Cem Karaca, Album Die Kakonen, 1984](#)
- (4) [Gegen rechts Argumentieren lernen, Rolf Gloel, Kathrin Gützlaff, VSA-Verlag](#)

Ein kurzer Ausflug – Rechtsextreme Aktivitäten in Lichtenberg-Mitte

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

Immer wieder macht der Lichtenberger Weitlingkiez durch rechtsextreme Übergriffe, Veranstaltungen und Propaganda-Aktivitäten auf sich aufmerksam. Trauriges Beispiel rassistischer Gewalt ist der Angriff einer 15-köpfigen Gruppe Rechtsextremer auf eine afghanische Familie in der Silvester-nacht 2007: Zwar kann die Familie in ihre Wohnung fliehen, die Angreifer werfen jedoch die Scheiben ein und versuchen, in das Haus einzudringen. Einige Wochen später beschmieren Rechtsextreme die Obst- und Gemüse-Auslage eines Ladens in der Weitlingstraße mit Hundekot, urinieren auf die Waren

und skandieren dabei Nazi-Parolen. Ähnlich ergeht es Familie Özer, die in der Weitlingstraße einen Döner-Imbiss betrieb. Sie wird von Rechtsextremen über Monate derart bedroht, drangsaliiert und attackiert, dass sie sich im Sommer 2007 gezwungen sieht, ihr Lokal zu schließen und aus Lichtenberg wegzuziehen.

Leider sind diese Beispiele keine Einzelfälle. Trotz vermehrtem Gegenengagement demokratischer Kräfte vor Ort sind die Fallzahlen rechtsextremer Gewalt in Lichtenberg-Mitte nach wie vor hoch: So lag im Jahr 2007 der Bezirk Lichtenberg

laut kriminalpolizeilichem Meldedienst mit zwölf rechtsextremen Gewaltdelikten – gemeinsam mit Marzahn-Hellersdorf – an der Spitze der Berliner Bezirke. Die Opferberatungsstelle „ReachOut“ dokumentiert für den gleichen Zeitraum sogar 20 Übergriffe mit rechtsextremem Hintergrund, allein zwölf davon im Ortsteil Lichtenberg. Insgesamt stellt sich die Situation in Lichtenberg im Hinblick auf rechtsextreme Gewalt in den letzten Jahren relativ konstant dar. Für das Fördergebiet Lichtenberg-Mitte spricht der Berliner Verfassungsschutz in Bezug auf die Jahre 2003 bis 2006 deshalb von einem „verdichteten

Raum rechter Gewalt“ – mit einem Schwerpunkt rund um den Verkehrsknotenpunkt Bahnhof Lichtenberg.

Als ein Grund für die Häufung rechtsextremer Gewalt sowie für die örtliche Konzentration von Aktivitäten in Lichtenberg-Mitte kann die verdichtete Wohnraumsituation rechtsextremer Aktivisten angeführt werden. Denn in der Vergangenheit haben sich vermehrt Personen aus der rechtsextremen Szene hier angesiedelt, Wohngemeinschaften gegründet und ihren Lebensmittelpunkt hierher verlegt. Darüber hinaus erzielte die NPD bei der letzten Wahl zur BVV im Weitlingkiez knapp zehn Prozent der Stimmen, was deutlich macht, dass rechtsextreme Positionen hier durchaus auf Zustimmung stoßen.





Der Großteil der rechtsextremen Aktivisten in Lichtenberg-Mitte ist dem Kameradschaftsspektrum, insbesondere den „Autonomen Nationalisten“ zuzurechnen. Die meist relativ jungen „Autonomen Nationalisten“ grenzen sich formal von Parteistrukturen wie der NPD, die in Lichtenberg-Mitte in den letzten Jahren kaum öffentliche Präsenz zeigte, ab. Sie bewegen sich in loseren Cliquen und Aktionszusammenhängen. Ihr Gestus ist rebellisch und kämpferisch. In Outfit und Lifestyle orientieren sie sich an linker Ästhetik: Piercing, Palästinenser-Tuch und Che-Guevara-Shirt sind durchaus üblich. Mitgliedschaft definiert sich durch Mitmachen. Und mitmachen kann auch, wer nicht zum „inner circle“ gehört: Gemeinsam ziehen sie durch die Straßen, kleben Aufkleber und Plakate, vertei-

len Flugblätter und Propaganda-Heftchen, sprühen Parolen, bedrohen Migrant/innen oder politische Gegner/innen und versuchen damit ganz offensiv, ein Klima zu erzeugen, in dem sie unwidersprochen agieren können. Als „Whiteling Kiez“ bezeichnen sie mit der entsprechenden Drohgebärde das Gebiet.

Ihre Themen reichen von Umweltschutz über Anti-Globalismus und Forderungen nach einem „nationalen Jugendzentrum“ bis zur Verehrung von Nazi-Führern wie Rudolf Heß oder Horst Wessel. Auffällig ist vor allem die anhaltend große Bedeutung von geschichtspolitischen Themen. Die Verherrlichung des Nationalsozialismus dient jedoch weniger zur Überzeugung anderer, denn zur Selbstvergewisserung sowie zur Stärkung der eigenen Grup-

pe. Gern werden bei Aktionen auch Begriffe der kritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gewählt und zur Relativierung der NS-Verbrechen genutzt: So wurde anlässlich des Jahrestages der Bombardierung Dresdens durch die westlichen Alliierten am U-Bahnhof Tierpark ein Transparent entrollt, auf dem „Dresden 1945 – Massenmord“ zu lesen war.

Aktivisten und Kader aus Lichtenberg-Mitte sind jedoch auch weit über den Bezirk und den Berliner Raum hinaus aktiv: Sie sind bei fast allen rechtsextremen Aufmärschen, Veranstaltungen oder größeren Propaganda-Aktionen in Berlin anzutreffen. Darüber hinaus beteiligen sie sich aktiv an Kampagnen und Veranstaltungen im weiteren Bundesgebiet, so zuletzt beim von der NPD or-

ganisierten „Fest der Völker“ in Altenburg oder dem NPD-Wahlkampf in Brandenburg. Ihre Kontakte zur NPD sowie zur bundesweiten rechtsextremen Szene scheinen recht eng zu sein.

Überregionale Relevanz hat im letzten Jahr auch die Internetseite des „Nationalen Widerstands Berlin“ erreicht. Neben Aktionsankündigungen und -dokumentationen in Form von Fotos, Videos und Berichten finden sich auch Plakatvorlagen oder Sprühschablonen zum Downloaden sowie Stellungnahmen zu tagespolitischen Ereignissen. Ein nicht unerheblicher Teil der dort dokumentierten Aktivitäten bezieht sich auf Lichtenberg-Mitte.

Zwar konnte die rechtsextreme Szene in Lichtenberg-Mitte in der letzten Zeit keine größeren

öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten entfalten, die konstant hohe Zahl rechtsextremer Gewalttaten und die Fülle an kleinen Aktionen im Fördergebiet bleibt jedoch beunruhigend; ebenso das starke überregionale Engagement der Lichtenberger Aktivisten.

Nicht zuletzt vom kontinuierlichen Engagement der demokratischen Gegenkräfte und der strikten Abgrenzung gegenüber rechtsextremen Ideologien hängt es ab, ob ihre Normalisierungsstrategie erfolgreich sein oder scheitern wird.

Mit Aceton gegen Nazi-Schmierereien - *Interview mit Irmela Mensah-Schramm*

Irmela Mensah-Schramm ist eine Aktivistin für Menschenrechte und eine ehemalige Heilpädagogin an einer Berliner Schule für geistig Behinderte.

Sie ist bekannt geworden durch ihre seit 1986 begonnene Dokumentation und Entfernung von rassistischen und antisemitischen Aufklebern und Graffiti im Stadtgebiet von Berlin.

Die Koordinierungsstelle erhielt die Möglichkeit zu einem Interview.

Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich sicherlich, wo du deine Motivation her nimmst und wieso du dies tust?

Mir bereitet es Genugtuung aktiv etwas gegen rechtsextreme Aktivitäten, Rassismus und Antisemitismus zu machen. Ich möchte etwas in den Köpfen verändern.

Nazis wollen mit den Aufklebern, Plakaten und Schmierereien für ihre Ziele werben. Außerdem wollen sie damit Angst verbreiten und einschüchtern. Dies möchte ich durch mein Projekt verhindern.

Für mich hat Meinungsfreiheit seine Grenzen, wenn Hass und

Menschenverachtung beginnen.

Wie oft bist du unterwegs, um solche Sachen zu entfernen?

Ich bin mindestens 3 bis 5-mal pro Woche in Berlin und Brandenburg unterwegs. In letzter Zeit öfter 5-mal. In anderen Bundesländern bin ich im Monat etwa 1-2-mal.

In welchen Gegenden bist du in Berlin unterwegs?

Hauptsächlich bin ich in Berlin-Rudow, Lichtenberg und Potsdam-Stern unterwegs.

Wie reagieren die Bürgerinnen und Bürger auf dich, wenn du die rechtsextremen Schmierereien, Aufkleber oder Plakate abmachst und entfernst?

In der Mehrheit gehen die Bürgerinnen und Bürger schweigend an mir vorbei. Zum Teil kommt Kritik, weil sie sich gestört fühlen oder glauben, dass ich dies nicht tun darf. Teilweise stören sie die abgekratzten, am Boden liegenden winzigen Aufkleberschnippel mehr als der klebende Naziaufkleber. Dies zeigt für mich die Widersprüchlichkeit einiger Bürger.

Es gibt aber auch Menschen, die positiv darauf reagieren.

Wie sieht eine solche positive Reaktion für dich aus?

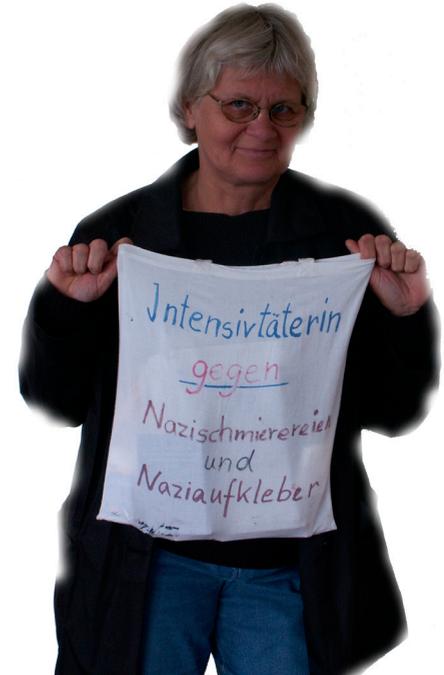
Die meisten, die positiv darauf

reagieren, bestärken und befürworten meine Aktion. Zum Teil äußern sie, dass sie selbst auch Nazipropaganda entfernen.

Ein schönes Beispiel für eine solche Reaktion hatte ich im August in der Weitlingstraße. Eine ältere Frau hielt mit ihrem Fahrrad an. Sie sagte, dass sie mich seit einiger Zeit hier gesehen hat und zeigte sich angetan von meiner Aktion. Um mich zu unterstützen, drückte sie mir 5 Euro in die Hand.

Viele Bürgerinnen und Bürger hätten vielleicht Angst, bei dem was du tust? Wie ist es bei dir?

Die Angst steht bei mir nicht im Vordergrund. Ich bin eher wütend über die Masse von Aufklebern und Schmierereien. Ich agiere nach dem Motto „Wut macht Mut“.





Wirst du bedroht? Bis du schon einmal angegriffen worden?

Von Nazis werde ich oft bedroht. Dies geschieht auch über Internet, Post oder auch Telefon. Bislang konnte ich Angriffe von Nazis immer gewaltlos stoppen – durch mein pädagogisches Geschick.

Nur einmal, 1992, wurde ich vom Wachschutz der Deutschen Bahn richtig angegriffen. Da machte ich gerade den Spruch „Türken vergasen“ auf dem S-Bahnhof Friedenau weg.

Hast du bislang jemals Probleme mit der Polizei bekommen?

Manchmal wird die Polizei gerufen. Dann nehmen sie Daten auf – in den meisten Fällen passiert jedoch nichts. Häufig komme ich mit der Polizei ins Gespräch und stelle mein Projekt vor. Ich

begründe, wieso ich das mache. Die Polizisten können sich nicht mit meiner Vorgehensweise anfreunden. Ich habe auch schon Anzeigen bekommen, jedoch wurde alles eingestellt.

Was hast du für deine Aktion immer dabei?

Ich habe immer einen Spachtel und Nagellackentferner dabei. Damit kann man Aufkleber, Plakate und kleinere Schmierereien entfernen. Selbst Straßenstaub auf einem Tuch kann in manchen Fällen Scheuersand ersetzen.

Mittlerweile hat ein Fotohandy meine große Kamera ersetzt. Bei größeren Aktionen nehme ich Abtönfarbe, Pinsel, Farbrolle, Anti-Graffiti-Mittel und meine große Kamera mit.

Zum Teil sind rechtsextreme Schmierereien auch in großer Höhe angebracht. Was machst du in diesem Fall?

Dafür habe ich eine eigene Technik. Ich wickle um einen Ast ein Papiertaschentuch und tunke diese Konstruktion in Farbe oder Nagellackentferner. Dies hilft dann.

Seit einiger Zeit führst du Statistik über die rechtsextremen Aufkleber, die du abgemacht hast. Wie sieht diese aus?

Seit 3. Januar 2007 habe ich bis heute [Anm. 19. September] 13.713 Nazi-Aufkleber entfernt.

Die meisten von den Sachen habe ich in Rudow, Lichtenberg, Treptow und Potsdam gefunden. Meiner Schätzung nach habe ich über 50.000 Nazi-Auf-

kleber, Plakate oder Schmierereien bundesweit weggemacht.

Seit 1986 entfernst du rechtsextreme Parolen und Publikationen. Damit hast du bereits verschiedenste Propaganda gesehen. Gibt es noch Sachen, die dich schockieren? Oder tritt ein Gewöhnungseffekt ein?

Nein, ich sehe immer wieder schockierende Schmierereien. Besonders an Morddrohungen wie „Ausländer in die Gaskammer“, „Jude verrecke“, „Ein Baum – eine Strick – ein Judengenick“ oder „Hängt den Neger auf!“ kann man sich nicht gewöhnen. Ebenso erschreckend ist, dass solche menschenverachtenden Parolen von vielen Menschen ignoriert werden. Selbst, wenn die Leute die Sachen nicht wie ich wegmachen, könnten sie zumindest kommu-

nale Behörden oder die Polizei informieren.

Was willst du Bürgerinnen und Bürgern noch mitteilen?

Mein Projekt ist multifunktional. Erstens, die Urheber merken, dass es Menschen gibt, die ihre Parolen ablehnen. Zweitens, den gleichgültigen und ignoranten Bürgerinnen und Bürgern kann gezeigt werden, dass man etwas gegen Rechtsextremismus und Rassismus machen kann. Und drittens, mit den Menschen, die von Nazis angefeindet werden, solidarisiere ich mich.

Vielen Dank für das Interview und weiterhin viel Erfolg.

Die Opfer unterstützen und beraten – *Was kann man tun bei rechtsextremen oder rassistischen Angriffen?*

Sabine Seyb, ReachOut

Rechte, rassistische Gewalt in Lichtenberg und anderswo ist leider keine Seltenheit. Betroffenen davon sind zur Zeit meistens diejenigen, die durch ihr Outfit als nicht-rechte oder als alternative Jugendliche in Erscheinung treten und MigrantInnen. ReachOut hat seit 2006 bis Mitte 2008 insgesamt 63 Angriffe und massive Bedrohungen im Bezirk dokumentiert.

Seit 7 Jahren berät ReachOut Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin. Auch die Angehörigen der Opfer und die ZeugInnen eines Angriffs finden bei uns Unterstützung.

Neben der Beratungsarbeit ist die kontinuierliche Recherche von Polizeiberichten, Zeitungsmeldungen und Internetseiten über Angriffe, die einen rechten, rassistischen oder antisemitischen Hintergrund haben könnten, von ausschlaggebender Bedeutung für unsere Arbeit. Außerdem informieren uns bezirkliche Antifa-Gruppen und andere KooperationspartnerInnen und natürlich die Betroffenen selbst über Angriffe. Die recherchierten Angriffe werden in der Chronik von ReachOut veröffentlicht. Eine Auswahl der Angriffe ist in unserer Fotoausstellung „Berliner Tat-

orte – Dokumente rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“ dokumentiert. Gleichzeitig bemühen wir uns in jedem Fall, den Kontakt zu den Opfern herzustellen.

Außerdem bieten wir Workshops, Vorträge und Fortbildungen an. Immer steht die Situation und die Perspektive der Betroffenen im Mittelpunkt.

In der Beratung beantworten wir Fragen wie: Warum hat es gerade mich getroffen? Soll ich Anzeige erstatten? Wer begleitet mich zur Polizei? Was ist eine Nebenklage? Was passiert in einem Gerichtssaal? Welche finanziellen Unterstützungen

gibt es? Brauche ich psychologische Hilfe und wo bekomme ich sie?

Die Opfer werden von uns darin unterstützt, ihre Interessen durchzusetzen und ihre eigenen Entscheidungen zu treffen. Auf ihrem Weg, das schreckliche Erlebnis zu verarbeiten, können wir sie begleiten und verschiedene Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

Rechte Gewalt und gesellschaftliche Ausgrenzung

Diejenigen, die aus rechten, rassistischen Motiven angegriffen und bedroht werden, gehören häufig zu den Bevölkerungsgruppen, die in ihrem Alltag gesellschaftliche und politische Ausgrenzung erleben müssen und von Diskriminierung betroffen sind. Äußerungen von PolitikerInnen und anderen

Personen, die im Licht der Öffentlichkeit stehen, bringen immer wieder zum Ausdruck, wer in diesem Land dazu gehört und wer nicht. So wird mitunter geistige Brandstiftung für das betrieben, was auf der Straße seinen brutalen Ausdruck findet. Wenn sich zudem den Schlägern niemand entgegen stellt, fühlen sie sich in ihrem gewalttätigen Handeln zusätzlich bestätigt. Diese Bedingungen zu kritisieren und daran mitzuwirken, sie zu verändern ist ebenfalls unsere Aufgabe und stößt selbstverständlich nur selten auf Zustimmung bei den politisch Verantwortlichen. Aber die Perspektive der Betroffenen einzunehmen, bedeutet eben auch, für gleiche Chancen und Rechte aller hier lebenden Menschen einzutreten und die Konflikte, die sich daraus ergeben, auszutragen.

Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt – was geht uns das an?

Immer wieder berichten uns Betroffene, dass sie die Gleichgültigkeit, manchmal vielleicht die heimliche oder offene Zustimmung der Unbeteiligten mindestens genauso trifft wie der Angriff selbst, wie die körperlichen Schmerzen und erlittenen Demütigungen, die ihnen durch die TäterInnen zugefügt wurden.

Wenn hingegen andere eingreifen, wenn auch nur, um über ihr Handy Hilfe zu holen, fällt den Opfern die Verarbeitung des Angriffs wesentlich leichter. Sie finden schneller zurück in ihre Normalität. Ihr grundsätzliches Vertrauen in ihre Umwelt wird lange nicht so stark erschüttert, wenn sie auf mutige Menschen oder einfach nur auf das Mitge-



fühl und die Unterstützung Einzelner direkt am Tatort stoßen. Häufig reicht das schon aus, um das Schlimmste zu verhindern. Aber auch in ganz alltäglichen Situationen kann sich jede und jeder positionieren und Partei ergreifen für die Betroffenen: Rassistischen Bemerkungen im Bekanntenkreis, diskriminierenden, diffamierenden Äußerungen in der Öffentlichkeit, rassistischer Werbung und Kommentaren in den Medien können und sollten von uns allen entschieden widersprochen und nicht hingenommen werden.

Was können Sie tun, wenn Sie von rechten, rassistischen AngreiferInnen bedroht, verfolgt, beleidigt, geschlagen, verletzt wurden?

Eine Ärztin oder einen Arzt aufsuchen:

Lassen Sie sich die erlittenen Verletzungen attestieren und fotografieren.

Gedächtnisprotokoll schreiben:

Versuchen Sie, alles was geschehen ist und was Ihnen noch einfällt, möglichst genau aufzuschreiben. Das kann bei einem Gerichtsprozess sehr nützlich sein: Was passierte genau? Wann? Wo? Wie viele AngreiferInnen? Wie sahen diese aus? Gab es Leute in der Nähe, ZeugenInnen? Was geschah danach? usw.

Zu ReachOut gehen:

Sie bekommen dort Informationen zu möglichen rechtlichen Schritten, Beratung bei psychologischen Fragen und Hilfe bei der Antragstellung für finanzielle Unterstützung.

Anzeige erstatten:

Sie können die Tat bei jeder Polizeidienststelle oder schriftlich bei der Staatsanwaltschaft anzeigen, auch gegen Unbekannte. ReachOut kann Sie dabei beraten und begleiten.

Psychologische Betreuung erhalten:

ReachOut vermittelt Ihnen Kontakt zu speziellen therapeutischen Einrichtungen.

Öffentlichkeit herstellen:

Wollen Sie die Öffentlichkeit (Zeitungen, Radio, Fernsehen) informieren: ReachOut unter-

stützt Sie dabei.

Sie sind Zeuge/ Zeugin eines rechten, rassistischen oder antisemitischen Angriffs geworden?

Auch Sie können etwas tun!

- Sie können die Polizei rufen oder die Betroffenen zur Polizei begleiten.
- Sie können Aufmerksamkeit erregen, Unbeteiligte ansprechen und versuchen, Hilfe zu holen.
- Sie können die Betroffenen beim Telefonieren unterstützen.
- Sie können nach der Tat bei den Betroffenen bleiben oder sie zum Arzt oder ins Krankenhaus begleiten.
- Sie können sich als Zeuge/ Zeugin zur Verfügung stellen.
- Sie können sich selbst an

ReachOut wenden, wenn Sie Unterstützung und Rat brauchen.

Sowohl die Opfer, als auch diejenigen, die sich bei Angriffen einmischen, haben Anspruch auf Respekt und Unterstützung. Das ist das Mindeste, was wir gemeinsam erreichen sollten. Schnelle, einfache Lösungen bei der Bekämpfung von Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus wird es nicht geben. Wir werden schon einen langen Atem, Mut und noch eine Menge guter, vielleicht auch ungewöhnlicher Ideen brauchen. Aber nur so kann es gelingen, dass die Opfer in Zukunft besser geschützt und Angriffe schon im Vorfeld durch engagiertes Auftreten verhindert werden können.

Kontakte für Vielfalt – ***Auswahl von Akteuren im Rahmen des Aktionsplans***

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Chausseestraße 29, 10115 Berlin

Telefon: 030/ 24045430

Fax: 030/ 24045319

E-Mail: info@mbr-berlin.de

Homepage: www.mbr-berlin.de

Licht-Blicke - Netzwerk für Demokratie und Toleranz

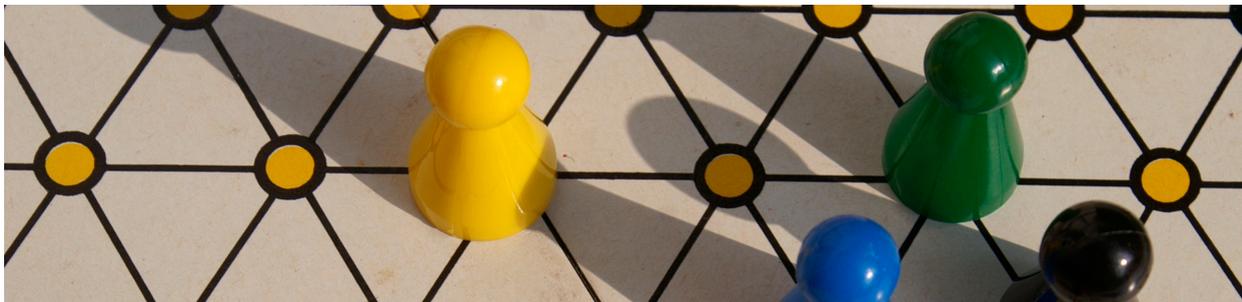
Ahrenshooper Straße 7, 13051 Berlin

Telefon: 030/ 99270555

Fax: 030/ 9245219

E-Mail: netzwerk-lichtenberg@gmx.de

Homepage: www.licht-blicke.org



AG Aktionsplan Lichtenberg

Die Arbeitsgruppe berät und koordiniert z.T. die Maßnahmen, Projekte und Initiativen für mehr Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Geschäftsstelle bei Bärbel Olhagaray

Telefon: 030/ 92796462

E-Mail: baerbel.olhagaray@libg.verwalt-berlin.de

Integrationsbeauftragte des Bezirksamtes

Frau Marquardt, Möllendorffstr. 6, 10367 Berlin

Telefon: 030/ 902963907

E-Mail: Heike.Marquardt@libg.verwalt-berlin.de

Fax: 030/ 902963309

Migrantenrat Lichtenberg

Homepage: www.migrantenrat.de

Kontakt über Frau Marquardt

ElternStärken

Beratung, Vernetzung, Fortbildung zum Thema Familie und Rechtsextremismus

E-Mail: lichtblicke-elternprojekt@gmx.de

Homepage: www.lichtblicke-elternprojekt.de

Weiterer Kontakt über Licht-Blicke

Elterninitiative „Eltern gegen Rechts“

E-Mail: info@elterngegenrechts.de

Weiterer Kontakt über Licht-Blicke

Lehrerinitiative „Pauker gegen Rechts“

E-Mail: pauker.gegen.rex@web.de

Weiterer Kontakt über Licht-Blicke

Lichtenberger Jugendbündnis gegen Rechtsextremismus ALKALIJ

E-Mail: alkalij@web.de

Homepage: www.alkalij.org

Soziokulturelles Zentrum KULTschule

Sewanstraße 43, 10319 Berlin

Telefon: 030 / 52 51 26 80

Homepage: www.lichtenberger-kulturverein.de

E-Mail: sekretariat@kultschule.de

Soziokulturelles Zentrum LIBEZEM

Rhinstraße 9, 10315 Berlin

Telefon: 030/ 5229200

E-Mail: libezem@beschaefigungswerk.de

Fax: 030/ 52292020

Interkulturelles Bildungszentrum und Bildungscafé im Weitlingkiez

Münsterlandstraße 33, 10317 Berlin

Telefon: 030/ 67129722

Fax: 030/ 67129724

E-Mail: toleranz@urban-consult-ggmbh.de

Homepage: www.toleranztraining-berlin.de

Stadtbild Agentur Lichtenberg

Münsterlandstraße 44, 10317 Berlin

Telefon: 030/ 54718790

Fax: 030/ 54718791

E-Mail: kontakt@stadtbildagentur.de

Homepage: www.stadtbildagentur.de

Lokale Koordinierungsstelle Lichtenberg-Mitte

Koordination des Bundesprogramms „Vielfalt tut gut“ in Lichtenberg-Mitte

c/o KULTschule, Sewanstraße 43, 10319 Berlin

Telefon: 030/ 32598455

E-Mail: post@koordinierungsstelle-lichtenberg.de

Weitere Informationen: www.koordinierungsstelle-lichtenberg.de

LICHTENBERG



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



pad e.V.